

Konjunkturelle Abschwächung auch in Großbritannien — aber bedeutsame Arbeitsmarkterfolge

Im Vergleich zu den anderen großen europäischen Industrieländern begann der Aufschwung in Großbritannien früher, vollzog sich auf breiterer Basis und setzt sich gegenwärtig — deutlich abgeschwächt, aber unter günstigeren Bedingungen als in den anderen Ländern — fort. Zwar ist auch in Großbritannien die Arbeitslosigkeit noch hoch; im Gegensatz zur Europäischen Union insgesamt ist es hier aber dank des längeren Aufschwungs gelungen, die Arbeitslosenquote seit 1992 ständig zu verringern.

Eine Analyse der Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren zeigt in mancher Hinsicht Unterschiede zur dominierenden wirtschaftspolitischen Strategie in Kontinentaleuropa, wo die strikte Ausrichtung an den Maastrichter Konvergenzkriterien keinen Spielraum für eine eigenständige, auf Beschäftigung ausgerichtete Wirtschaftspolitik gelassen hat.

Anfang der neunziger Jahre hatte sich Großbritannien in einer schweren Rezession befunden. Seit Mitte 1990 war das Bruttoinlandsprodukt um $4\frac{1}{2}$ vH gefallen, und die Zahl der Arbeitslosen war um über eine Million gestiegen. Bei rasch zurückgehenden Preissteigerungen und hohen nominalen Zinsen zogen die privaten Haushalte es bis 1992 vor, ihre Sparquote zu erhöhen, um ihre Verschuldung, die seit Beginn der achtziger Jahre erheblich gestiegen war, zu verringern. Wegen der Überbewertung des Pfundes weitete sich das Leistungsbilanzdefizit trotz der ungünstigen inländischen Nachfrageentwicklung in den ersten neun Monaten 1992 kräftig aus. Infolgedessen verstärkte sich — insbesondere nach der Erhöhung des Diskontsatzes im Juli 1992 durch die Deutsche Bundesbank — zunehmend der Druck auf das britische Pfund.

Der wirtschaftspolitische Kurswechsel im Herbst 1992

Vor diesem Hintergrund vollzog die britische Wirtschaftspolitik einen grundlegenden Wandel ihrer Strategie. Am 16. September 1992 suspendierte die Regierung ihre Teilnahme am Europäischen Wechselkurssystem und schal-

tete auf eine expansive Geldpolitik um. Innerhalb von 6 Monaten fiel der Pfundkurs um fast 20 vH. Die kurzfristigen Zinsen lagen Ende Januar 1993 fast 4 Prozentpunkte unter ihrem Vorjahresniveau. Mit dem niedrigeren Zinsniveau und der wechselkursbedingt größeren Wettbewerbsfähigkeit sollte es gelingen, die Wirtschaft wieder auf Expansionskurs zu bringen. Verbunden war diese Hoffnung mit der Erwartung, es werde diesmal — entgegen den Erfahrungen mit früheren Abwertungen — gelingen, die Effekte importierter Inflation zu begrenzen.

Die Ausgangssituation für einen weitgehend inflationsfreien Aufschwung war im Herbst 1992 nicht ungünstig. Der Anstieg der Erzeugerpreise und der Löhne war so gering wie zuletzt in den 60er Jahren. Bei starker Unterauslastung der Sachkapazitäten und hoher Arbeitslosigkeit war ein durch Lohnsteigerungen induzierter Preisaufrtrieb zunächst nicht zu erwarten. Die mittelfristige Stabilitätsorientierung der Geldpolitik wurde durch institutionelle Änderungen untermauert: Zum ersten Mal wurden durch den Schatzkanzler explizit Ziele für die Preissteigerungsrate und die Expansion der Geldmengenaggregate festgelegt — mit einem deutlichen Hinweis an die Sozialpartner,

Schaubild 1

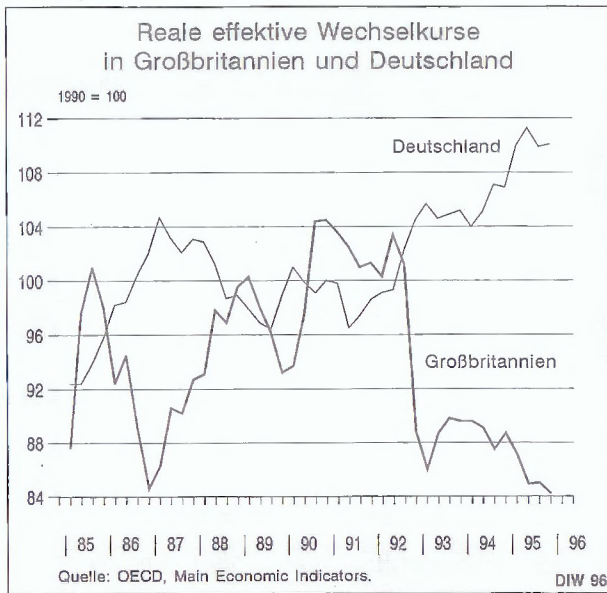
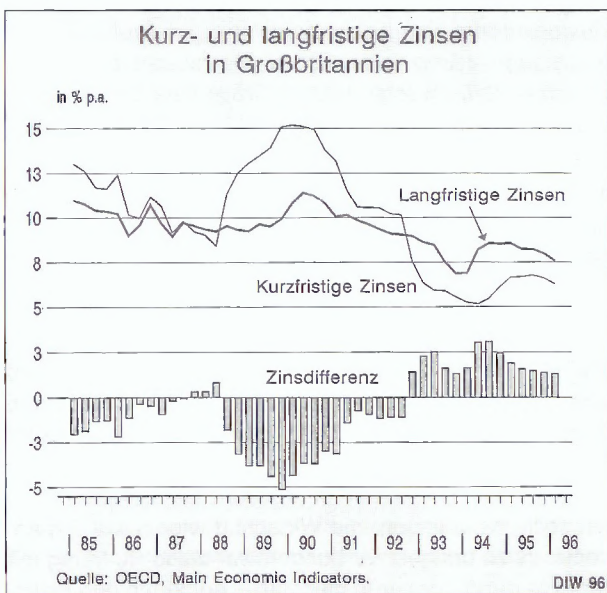


Schaubild 2



die Tarifpolitik hiermit in Übereinstimmung zu bringen. Um die Geldpolitik der Regierung — die Bank von England ist bis heute noch nicht völlig unabhängig — transparenter zu machen und Vertrauen zu gewinnen, werden seither monatliche Berichte über die geldpolitische Abstimmung zwischen Schatzkanzler und Notenbank veröffentlicht. Hinzu kommen regelmäßige Lagebeurteilungen durch die Bank von England und durch einen neu gebildeten unabhängigen Sachverständigenrat. Tendenziell bedeuteten die institutionellen Änderungen eine Stärkung der Möglichkeiten der Notenbank, bei Interessenkonflikten mit der Regierung Gesichtspunkte im Hinblick auf die Vorausset-

zungen für hohe Preisstabilität öffentlichkeitswirksamer als bisher zu vertreten.

In der Finanzpolitik setzte die Regierung ihre Linie fort, die überwiegend konjunkturell bedingte Erhöhung der Budgetdefizite zu akzeptieren. Anders als in der Rezession 1979 bis 1981 ließ man diesmal die automatischen Stabilisatoren voll wirksam werden. In der Folge stieg das Defizit der öffentlichen Haushalte bis 1993 auf knapp 8 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Vordergrund stand der Gedanke, zunächst das Wachstum zu stimulieren, um damit auch allmählich wieder das Defizit abzubauen. Die Tatsache, daß die britische Wirtschaftspolitik sich weniger als die anderer Länder dem Druck einer zeitgerechten Erfüllung der Maastricht-Kriterien ausgesetzt sah, dürfte diese Haltung erleichtert haben.

Wirtschaftliche Expansion 1993 bis 1995

Die neue Ausrichtung der Wirtschaftspolitik zeigte schon bald Erfolg. Im Laufe des Jahres 1993 verstärkte sich der Produktionsanstieg; das Bruttoinlandsprodukt lag zu Beginn 1994 etwa 2½ vH über dem Niveau des Vorjahres, und die Zahl der Arbeitslosen ging spürbar zurück. Der Aufschwung war zunächst vor allem durch eine Erholung des privaten Konsums geprägt. Der rasche Zinsrückgang und eine Entschärfung der Verschuldungskrise der privaten Haushalte erhöhten das Vertrauen in die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Sie führten, insbesondere infolge der in Großbritannien üblichen Finanzierung des privaten Hausbesitzes mittels variabel zu verzinsender Hypotheken und der entsprechend aus Zinsrückgängen resultierenden raschen Entlastungen der Hauseigentümer, zu einem deutlichen Rückgang der Sparquote. Der private Verbrauch, der im Jahresdurchschnitt 1992 noch stagniert hatte, stieg 1993 um 2,6 vH und 1994 sogar um 2,8 vH, obwohl Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte das real verfügbare Einkommen seit dem Frühjahr 1994 minderten. Offenbar hatten sich die finanzielle Situation der Haushalte schon soweit gebessert und das Vertrauen in die weitere wirtschaftliche Entwicklung so erhöht, daß die Abschöpfung von Kaufkraft zu diesem Zeitpunkt die Konjunktur nicht mehr wesentlich beeinträchtigte. Bei einer — gemessen an früheren Abwertungserfahrungen — relativ geringen Beschleunigung des Preisauftriebs blieb die Expansion des privaten Verbrauchs auch 1995 mit etwa 2,5 vH im europäischen Vergleich noch kräftig.

Die Anlageinvestitionen haben sich hingegen in diesem Konjunkturzyklus nur allmählich belebt, obgleich die Erträge der Unternehmen sich ab 1993 stark verbesserten. Die steigende Kapazitätsauslastung, die geringeren Finanzierungskosten und organisatorische Veränderungen wurden zunächst vornehmlich zur Verbesserung der finanziellen Situation in den Unternehmen (Ablösung von Schulden etc.) genutzt. Allerdings verzerren die niedrigen Anstiegsraten für die realen Ausrüstungsinvestitionen im

Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Großbritannien
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1991	1992	1993	1994	1995 ²⁾	1996 ²⁾
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	-2,0	-0,5	2,3	3,9	2,5	1,5
Privater Verbrauch	-2,2	-0,1	2,6	2,8	2,5	2,5
Öffentlicher Verbrauch	2,6	-0,1	0,3	1,9	0,5	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	-9,5	-1,5	0,6	3,1	1,5	2,0
Exporte	-0,7	4,0	3,3	9,1	5,5	3,5
Importe	-5,3	6,5	2,8	5,3	4,0	4,0
Verbraucherpreise (1990 = 100)	5,9	3,7	1,5	2,5	3,4	3,0
Lohnstückkosten						
in nationaler Währung	7,7	4,2	0,5	-0,6	1,5	2,0
in Sonderziehungsrechten	5,9	1,0	-13,8	-1,1	-1,3	

¹⁾ Zu Preisen von 1990. — ²⁾ Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.
Quellen: OECD; Nationalstatistiken sowie Schätzungen des DIW.

privaten Bereich das Bild insofern, als hierin die Investitionen in Öl und Gas in der Nordsee und bei Versorgungsunternehmen enthalten sind, die in den letzten Jahren rückläufig waren und die weitgehend konjunkturunabhängig sind. Lebhaft war die Investitionstätigkeit vor allem in einigen Dienstleistungsbereichen, etwa im Handel und beim Transportwesen.

Obwohl sich auch die Wirtschaft Großbritanniens im Laufe des Jahres 1994 nicht dem kräftigen Zinsanstieg in Europa entziehen konnte, wurde sie aufgrund des weitgehend gefestigten Aufschwungs hiervon weniger getroffen als etwa Deutschland und Frankreich. Dies gilt um so mehr, als sich das Niveau der kurz- und langfristigen Zinsen zwar erhöhte, die Zinsstruktur aber deutlich positiv blieb und sich zunächst sogar noch „verbesserte“. Dennoch war der Effekt der Zinsentwicklung auf die Investitionstätigkeit ähnlich wie im übrigen Europa. Die hierdurch induzierte Wachstumsschwäche im europäischen Umland wirkte wiederum auf die Erwartungen der Investoren in Großbritannien zurück. Tatsächlich haben sich die Bruttoanlageinvestitionen 1995 nur noch um etwa 1,5 vH nach etwa 3 vH im Vorjahr erhöht. Die Kapazitätsauslastung nahm dabei weiter zu. Insgesamt kann die Entwicklung der privaten Anlageinvestitionen in den Jahren 1993 bis 1995 nicht gerade als dynamisch bezeichnet werden, sie war aber besser als in den anderen großen europäischen Volkswirtschaften.

Die Außenhandelsentwicklung schien 1993 zunächst nur wenig von der Pfundabwertung beeinflusst zu sein. Das dürfte aber vor allem an der Rezession im Rest Europas gelegen haben. Das Leistungsbilanzdefizit stieg zunächst weiter. In der zweiten Jahreshälfte 1993 änderte sich das Bild. Aber erst im Zuge des Konjunkturaufschwungs in Westeuropa 1994 wies die Leistungsbilanz Überschüsse auf. Die hohen und während der Rezession 1990 bis 1992 andauernden außenwirtschaftlichen Defizite sowie die reale Aufwertung des Pfundes in dieser Zeit zeigen, daß

Großbritannien dem europäischen Wechselkurssystem 1990 mit einem zu hohen Wechselkurs beigetreten war und die Abwertung somit teilweise zu einer „Normalisierung“ führte.

Arbeitslosigkeit deutlich verringert

Die Expansion der Gesamtwirtschaft seit 1992 war im Vergleich zu den meisten kontinentaleuropäischen Industrieländern relativ stark und vollzog sich auf vergleichsweise breiter Basis. Die durchschnittliche Jahreswachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts bis 1995 betrug in Großbritannien knapp 3 vH, in Westeuropa insgesamt dagegen nur gut 1½ vH. Wie in den anderen europäischen Ländern und in den USA zeigten sich 1995 zwar deutliche Ermüdungserscheinungen. Dennoch ist es in Großbritannien während des verhältnismäßig langen Aufschwungs wesentlich besser als in Kontinentaleuropa gelungen, die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Die Arbeitsmarktentwicklung insgesamt verlief zunächst sehr differenziert. Wie in der frühen Phase eines Konjunkturaufschwungs zu erwarten, nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Verlauf von 1993 und 1994 nur allmählich zu. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der offenen Stellen kontinuierlich. Überraschend war aber der frühe und rasche Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen verringerte sich im ersten Vierteljahr 1993 um etwa eine Viertelmillion. Demgegenüber war die Arbeitslosenzahl in den Konjunkturzyklen der 70er und 80er Jahre erst nach drei bis fünf Jahren deutlich gefallen. Günstig wirkte sich zu Beginn 1993 aus, daß es weniger Neuzugänge in die Erwerbstätigkeit gab als in den Vorjahren, was sowohl demographische Gründe hatte als auch ausbildungsbedingt war. Von der Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt profitierten Frauen stärker als Männer, weil die Bedeutung des industriellen Sektors weiter zurückging und neue Arbeitsplätze insbesondere in von Frauen

Schaubild 3

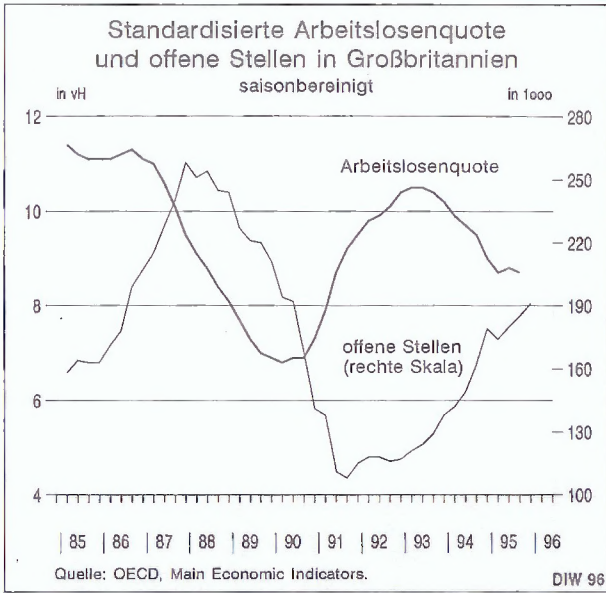
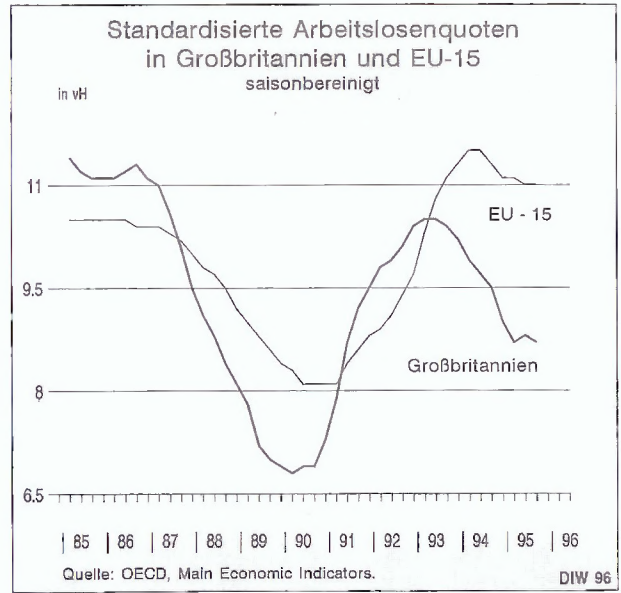


Schaubild 4



dominierten Bereichen (Handel, Tourismus, Pflege etc.) geschaffen wurden. Der Trend zur Teilzeitarbeit und größeren Flexibilität kam dabei den Wünschen sowohl der Unternehmen als auch vieler Arbeitnehmer — insbesondere Frauen — entgegen. Neben der Zahl der abhängig Beschäftigten nahm auch die Zahl der Selbständigen 1993 zu.

Auch 1995 und noch Anfang 1996 ging die Arbeitslosenquote, wenn auch zuletzt nur noch sehr allmählich, zurück. Mit 8,5 vH im Januar 1996 ist die standardisierte Arbeitslosenquote zwar immer noch hoch. Dennoch war Großbritannien beim Abbau der Arbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen Ländern erfolgreich. Hatte die standardisierte Arbeitslosenquote mit 10,1 vH 1992 etwa einen Prozentpunkt über der Quote der westeuropäischen Industrieländer gelegen, so ist sie gegenwärtig etwa 2½ vH-Punkte niedriger. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die im konjunkturellen Tiefpunkt Ende 1992 knapp drei Millionen betrug, fiel auf etwa 2,2 Millionen; um etwa eine halbe Million stieg die Zahl der Beschäftigten. Der echte Beschäftigungszuwachs ging hierüber hinaus, da zur Gesamtzahl der Beschäftigten auch die Zahl der an öffentlichen Arbeitsmarktprogrammen teilnehmenden Personen und die Zahl der unbezahlt arbeitenden Familienangehörigen gezählt werden, die sich um knapp 200 000 Personen verringerten¹.

Entschärfung wirtschaftspolitischer Zielkonflikte

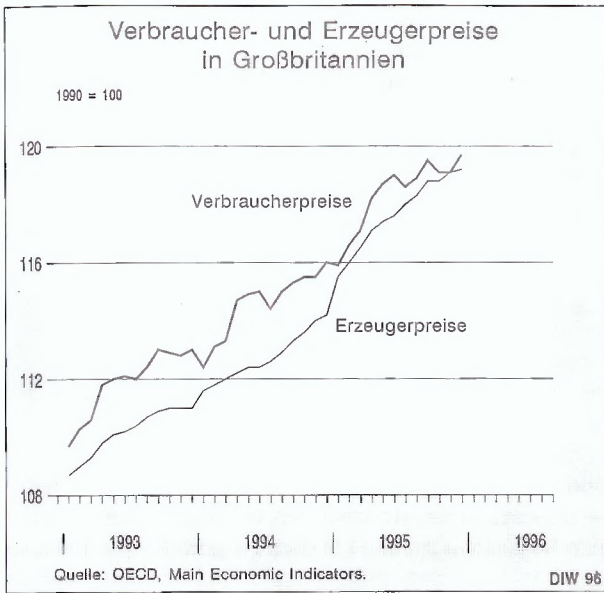
Die mit dem Wandel der wirtschaftspolitischen Strategie Ende 1992 verbundenen Hoffnungen auf Wachstum und auf Verringerung der Arbeitslosigkeit haben sich damit im europäischen Vergleich erfüllt. Aufgrund der wirtschafts-

politischen Erfahrungen in der gesamten Nachkriegszeit gab es allerdings auch die nicht ganz unbegründete Sorge, die Strategie einer Abwertung mit expansiven geldpolitischen Impulsen könne schon bald wieder zu einem inflationären Druck führen, in dessen Gefolge es zu übermäßigen Lohnerhöhungen, verbunden mit einer erneuten Verschlechterung der Leistungsbilanz käme. Ein solcher inflationärer, die internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigender Prozeß hätte dann erfahrungsgemäß die Geldpolitik frühzeitig wieder auf einen restriktiven Kurs schwenken lassen. Eine derartige, früher als „stop-and-go“-Politik bezeichnete Entwicklung konnte diesmal aber vermieden werden.

Die Gründe dafür, daß es gelang, den Preisanstieg unter Kontrolle zu halten, sind vielfältig. Der Anstieg des Einzelhandelspreisindex, in dem sich in Großbritannien auch die Entwicklung der Zinsen für Hypothekenkredite niederschlägt, war als Folge der Rezession 1993 auf deutlich unter 2 vH gesunken. Mit dem kräftigen Wachstum und den wieder steigenden Hypothekenzinsen verstärkte sich der Preisauftrieb 1994 bis auf etwa 3 vH und erreichte — bei höherem Zinsniveau und zunächst noch anhaltendem Wirtschaftswachstum — seinen Höhepunkt Mitte 1995 mit über 3,5 vH. Mit der weiteren Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ging die Preissteigerungsrate in den letzten Monaten aber wieder auf 3 vH zurück. Berücksichtigt man, daß der Einfluß der Zinsentwicklung auf den Einzelhandelspreisindex während der Hochzinsphase 1994/95 bei fast einem Prozentpunkt lag, so kann die zugrundeliegende Preisentwicklung keinesfalls als inflationär bezeichnet werden.

¹ Zahlenangaben nach CSO, Economic Trends, Januar 1996.

Schaubild 5



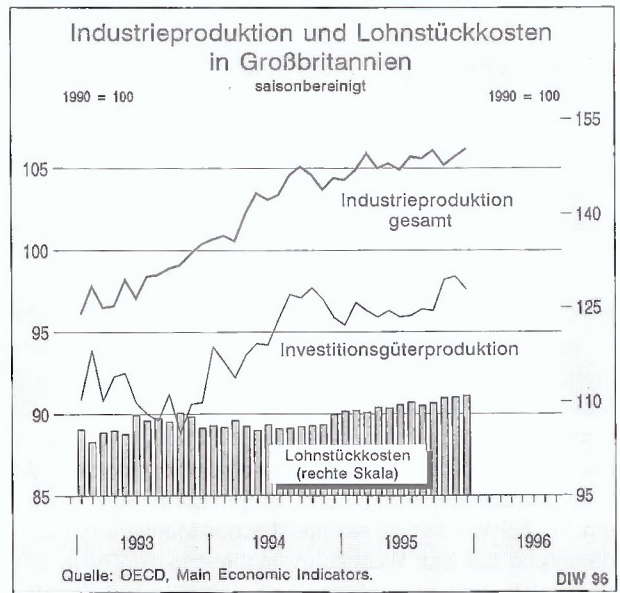
Entscheidend für die vergleichsweise geringe Beschleunigung des Preisanstiegs waren sowohl das Preissetzungsverhalten der Unternehmer als auch die Lohnpolitik der Tarifparteien. Für die beobachtete Zurückhaltung in der Preisgestaltung durch die Unternehmen lassen sich eine Reihe von Faktoren aufzählen, die nicht direkt mit der Lohnentwicklung verbunden sind. Einmal blieben die Auslastung der Sachkapazitäten während des gesamten Aufschwungs verhältnismäßig niedrig und die Arbeitslosigkeit trotz der beschäftigungspolitischen Erfolge hoch. Zahlreiche Deregulierungsmaßnahmen haben die Unternehmen zudem von Kosten entlastet und den Wettbewerb verschärft. Erst in einer späteren Phase des Aufschwungs als in den meisten Ländern Kontinentaleuropas kam es zu einer Erhöhung der Finanzierungskosten.

Von besonderer Bedeutung war freilich, daß der Lohnanstieg sehr zurückhaltend blieb. Dies lag vor allem daran, daß der Arbeitsmarkt sehr ergiebig war. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit stiegen 1992 um 3,6 vH, 1993 um 2,8 vH und 1994 um 3,4 vH; der Anstieg der Löhne in der verarbeitenden Industrie war noch niedriger. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten stiegen im Durchschnitt der Jahre 1993 und 1994 überhaupt nicht und 1995 nur um etwa 1,5 vH. Einen derart geringen Anstieg hat es in keiner der letzten Aufschwungsphasen auch nur annähernd gegeben; der bisher geringste Wert ergab sich 1983 mit 3,1 vH. Bei abgeschwächter Konjunktur, niedrigen Zinsen und zurückhaltenden Lohnforderungen wird sich der Preisauftrieb 1996 voraussichtlich auf unter 3 vH verringern.

Fortsetzung des mäßigen Wachstums 1996

Es ist zu erwarten, daß sich das Wirtschaftswachstum in einem gemäßigten Tempo fortsetzt. Im vergangenen Jahr

Schaubild 6



haben die moderaten Lohnerhöhungen und die zunehmende Steuerlast als Folge der fiskalpolitischen Konsolidierungsbemühungen die realen Einkommen und damit den privaten Verbrauch beeinträchtigt; 1996 werden dagegen mehrere Faktoren einen kräftigeren Anstieg begünstigen. Die erstmalige Verfügbarkeit von seit 1991 angelegten steuerbegünstigten Sparanlagen, der weitere Rückgang beim Konsumentenpreisanstieg und die Tatsache, daß es in diesem Jahr nicht zu zusätzlichen steuerlichen Belastungen, sondern sogar zu Entlastungen kommt, werden den privaten Verbrauch wieder stimulieren. Auch die privaten Ausrüstungsinvestitionen sind nach vorläufigen Angaben in den letzten Monaten wieder gestiegen. Der Wohnungsbau ist dagegen weiter schwach, und die öffentlichen Investitionen gehen noch zurück.

Eine wichtige Wachstumskomponente in der ersten Phase des Aufschwungs war der Export. Von der Abschwächung der Nachfrage aus Nordamerika und Kontinentaleuropa wurden aber auch die britischen Exporte getroffen; die letztjährige Pfundabwertung konnte dies nur teilweise kompensieren. Fraglich ist, ob die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte ausreichen, das Nachlassen der außenwirtschaftlichen Impulse auszugleichen. Hieraus ist auch die Kontroverse der letzten Monate zwischen Regierung und Notenbank über die Notwendigkeit weiterer Zinssenkungsmaßnahmen zu erklären. Angesichts einer Preisentwicklung, die eher wieder gedämpfter verläuft, hat sich bei schwächerer Konjunktur die Regierung mit ihrer Forderung nach Senkung der Leitzinsen zu Recht durchgesetzt. Aber auch die Notenbank betont in ihrer jüngsten Stellungnahme, daß sie eine anhaltende Abschwächung des Preisauftriebs erwartet; eine weitere Zinssenkung ist daher wahrscheinlicher geworden. Die Geldpolitik bildet damit im Verbund mit einem niedrigen Wechselkurs ein Gegengewicht zu der anhaltend restriktiven Fiskalpolitik.

Die Erfolge der Konsolidierungspolitik während des Aufschwungs sind beträchtlich. Von 1993 bis 1995, also innerhalb von nur 2 Jahren, wurde das Defizit auf 4½ vH, also um fast die Hälfte reduziert. Für 1996 wird trotz Senkung der Einkommensteuer eine weitere Reduktion erwartet. Die Verbesserung der Finanzen im öffentlichen Sektor erfolgte teilweise endogen über automatische Stabilisatoren. Dies gilt vor allem für Ausgaben infolge von Arbeitslosigkeit sowie für andere Ausgaben im Sozialbereich, die sich im Aufschwung deutlich verringerten. Darüber hinaus wurden Ausgaben in vielen Bereichen gekürzt und — vor allem 1994 — die Einnahmen durch Steuer- und Abgabenerhöhungen beträchtlich vermehrt. Die Einsparungen bzw. Mehreinnahmen aufgrund diskretionärer fiskalpolitischer Maßnahmen entfielen etwa je zur Hälfte auf die Einnahmen- und Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte. Mit der Konsolidierung im Aufschwung hat sich die Wirtschaftspolitik weitgehend konjunkturgerecht verhalten. Freilich wirkten die fiskalpolitischen Maßnahmen auch dämpfend auf das Wachstum; insbesondere der private Verbrauch und die öffentlichen Investitionen wurden getroffen. Es ist daher nur konsequent, nach der Abschwächung des Wachstums nunmehr Einkommensteuersenkungen vorzunehmen, um die Kaufkraft der privaten Haushalte wieder zu erhöhen.

Im Jahresdurchschnitt 1996 wird das Bruttoinlandsprodukt 1½ bis 2 vH höher ausfallen als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit wird sich noch einmal leicht verringern. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte auf etwas unter 3 vH zurückgehen.

Fazit

Die in den letzten Jahren verfolgte Wirtschaftspolitik in Großbritannien kann im Vergleich zu Kontinentaleuropa und insbesondere im Vergleich zu den anderen großen Volkswirtschaften als erfolgreich angesehen werden. Die Kombination aus einer frühzeitig expansiven Geldpolitik — einschließlich der Abwertung des Pfundes — mit einer fiskalpolitischen Konsolidierung während des Aufschwungs hat zu einer wesentlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation geführt: ein relativ befriedigendes Wachstum, eine stetig abnehmende — wenn auch immer noch hohe — Arbeitslosigkeit und eine Preisentwicklung, die weitaus günstiger verlief als zumeist erwartet. Zwar dürfte die jüngste Wachstumsprognose der Regierung — erwartet wird ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 3 vH — zu optimistisch sein, aber mit einer Fortsetzung des Wachstums, das sich 1997 wieder verstärken könnte, ist zu rechnen. Großbritannien hat damit gute Aussichten, zu den Ländern zu gehören, die 1998 die Maastricht-Kriterien erfüllen, sieht man davon ab, daß es Unsicherheiten bei der Beurteilung des Kriteriums der Wechselkursstabilität bzw. der geforderten Mitgliedschaft im Europäischen Währungssystem gibt. Gäbe es ein Kriterium für Erfolge beim Abbau von Arbeitslosigkeit, so würde Großbritannien wohl auch dieses erfüllen. Eine Nachahmung der britischen wirtschaftspolitischen Strategie ist für Europa insgesamt allerdings nicht möglich, weil der Weg einer wirtschaftlichen Stimulierung mittels Abwertung oder Kostensenkung immer nur einzelnen Volkswirtschaften mit hohem Außenhandelsanteil offensteht.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Kurt Geppert.

Konjunkturelle Abschwächung auch in Großbritannien — aber bedeutsame Arbeitsmarkterfolge. Bearbeitet von Joachim Volz.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304